



Jahresbericht 2020

Verwaltungsbesuche der GPK

Zusammenfassung der Berichte



Jahresbericht 2020

Zusammenfassung *Direktion Präsidiales und Finanzen*

Schwerpunktthemen	Produkt 102.1 Stabsdienstleistungen Einblick in die Aufgabenerfüllung: Herausforderungen, Grossprojekte, Ressourcen
	Produkt 102.3 Rechtsdienstleistungen Einblick in die Aufgabenerfüllung: Herausforderungen, Grossprojekte, Ressourcen
Querschnittthemen	1. Corona bedingte Sistierung / Priorisierung von Projekten. Auswirkungen, Planung der Wiederaufnahme. 2. Wahrnehmung der GPK. Rückmeldung der Direktionsvorstehenden an die GPK.
DirektionsreferentIn	Heidi Eberhard; Stv. Roland Akeret (für Besuch entschuldigt)

Schwerpunktthema 1 – Produkt 102.1 Stabsdienstleistungen

- *Wer hat den Lead, wer koordiniert die Organisation? Ist die Stellvertretung geregelt?*
Alle Stabsdienstleistungen für alle Direktionen werden vom Gemeindeschreiber Herr Pascal Arnold vorgenommen (Leitung Stabsabteilung), die Stellvertretung durch Frau Cornelia Rauch, Stv. Gemeindeschreiberin. Es gibt in Köniz keine dezentralen Stäbe oder Generalsekretariate pro Direktion oder Abteilung).
- *Wie hoch ist der % Anteil an Führungsaufgaben (Personalgespräche, Zielvereinbarungen/Zielerreichung)*
Rund 10 – max. 15% für den Gemeindeschreiber (Mitarbeitergespräche; Beurteilungs-, Förderungsgespräch MAG) mit seinen direktunterstellten Personen (DU). Der Gemeindeschreiber hat noch «jours fixes» mit seinen 7 DU.
Die Fachstellenleiter führen ihrerseits die MAG mit ihren DU. Die operative Koordination erfolgt an den regelmässigen, wöchentlichen Besprechungen «Jour fixe». Alle 2 Monate gibt es eine Kadersitzung (alle DU der Direktionsvorsteher), die vom Gemeindeschreiber geleitet wird.
- *Werden Aufgaben delegiert?*
Es besteht eine Liste / Übersicht über die Aufgaben (Geschäfte) mit dem Verantwortlichen und der Stellvertretung. Die Abwicklung der Geschäfte ist somit auch bei Abwesenheit sichergestellt. Seit Februar 2020 wurden infolge der Zusatzaufgaben durch Corona verschiedene zusätzliche Aufgaben intern delegiert. Primär an die Stv. GS (Protokollierung GR-Sitzungen, Unterstützung parlamentarische Vorstösse, AVOR GR-Anträge STAB, Kernaufgaben bei der Vorbereitung der Gemeindewahlen, Erarbeitung Schutzkonzept Corona, Stv. Leitung Taskforce Corona), etc.
- *Werden die Mitarbeitenden über bevorstehende Änderungen rechtzeitig informiert? Haben die Mitarbeitenden Mitspracherecht in einigen Belangen?*
Alle Mitarbeitenden (MA) haben Zugang zum Intranet. Die MA werden per Mailing informiert, wenn alle davon betroffen sind; sonst Mail an Abteilungsleiter. Einhaltung der Informationspflicht gemäss Geschäftsverordnung des Gemeinderats.
Dort wo Mitsprache vorgesehen ist, wird das Mitspracherecht, resp. die betriebliche Mitwirkung durch die Personalverbände und die einzelnen Mitarbeitenden ausgeübt (vgl. Personalreglement Art. 6).
- *Wie erfolgt die unter Lemma 3 genannte Sicherstellung der internen Prozesse und der Infrastruktur für eine effiziente, effektive und transparente Organisation.*
Klare Zuständigkeiten und Abläufe gemäss den vorhandenen Reglementen, Verordnungen, Weisungen). Standardabläufe sind im Handbuch Organisation (HBO) geregelt. Inkl. Ablaufdiagramme, Merkblätter oder spezielle Anweisungen (im Intranet für alle MA abrufbar).



Das HBO wurde im Jahr 2020 überarbeitet. Koordination/Leitung; Leiterin Interne Dienste. Die Änderungen im HBO wurden vom Gemeinderat verabschiedet.

Mit der Einführung von GEVER wurden Abläufe überprüft und ggf. angepasst. Diverse weitere Optimierungsabläufe sind im Rahmen der Digitalisierung im Gange (Projekt Digitalisierte Finanzabläufe, Digitales Personalinformations-System digiP, vgl. IAFP 2021 Köniz).

- *Grossprojekte? Welcher Art waren die Grossprojekte bei den Stabsdienstleistungen (abgesehen vom Krisenhandling infolge Corona)?*

Gemäss JB 2020 - war die Fachstelle "Gesamtkoordination Grossprojekte" nur am Rande von Corona betroffen.

Wie erklärt es sich, dass dennoch 19 Grossprojekte sistiert werden mussten?

Grossprojekte sind Arealentwicklungen. Koordinationsaufgaben zwischen diversen Abteilungen diverser Direktionen und den involvierten Parteien (Eigentümer, Investoren). Die Fachstelle Gesamtkoordination Grossprojekte (FS KOP) führt pro Grossprojekt eine Budgetplanung mit allen involvierten Fachabteilungen. Strategische Koordination/Lenkungsausschuss. FS KOP stellt die Koordination intern zwischen den Abteilungen sowie mit externen Ansprechpersonen/Partnern bei Grossprojekten in der Gemeinde sicher. Sie ist ebenfalls die zentrale Stelle im Sinne einer Bauherrenvertretung, welche die Bauherreninteressen der Gemeinde als erschliessungspflichtige Gemeinde wahrnimmt.

Die Phasen der Projektverarbeitung sind festgelegt (Prozesssteuerung). Projektauftrag an Präsidialabteilung, der GR bestimmt. Die finanzielle Verantwortung liegt bei den jeweiligen Abteilungen.

Die Sistierung betrifft nicht primär Projekte der FS KOP, sondern andere grössere direktionsübergreifende Projekte ohne eigene Grundstücke zur Entwicklung (z.B. Strassen, Infrastrukturprojekte).

Schwerpunktthema 2 – Produkt 102.3, Rechtsdienstleistungen

- *In welchen Belangen erfolgt die juristische Beratung? D.h. nebst der im JB 2020 genannten Begleitung von Geschäften entsprechend der Bedürfnisse der Abteilungen.*

Steht diese auch den Mitarbeitenden für private Anliegen (unentgeltlich) zur Verfügung?

Das Aufgabengebiet umfasst diverse Themenbereiche und ist sehr vielfältig: u.a. Internes Beschwerdeverfahren an Gemeinderat (Kulturbeiträge), unentgeltliche Bestattungen resp. Verwandten Unterstützungspflicht (direkte Verwandte: Grosseltern-Eltern-Kinder und Kinder-Eltern-Grosseltern; in auf- und absteigender Linie); Parkfelder. BLS Agglo-Gelder vom Bund für die Veloparkierung Bahnhof Liebfeld; Nachbarschafts-Streit infolge Einsatz Video-Kamera; Baupolizeiliche Geschäfte wie Rückbau umstrittener Werke, Einhaltung von gesetzlichen Abständen, etc.

Nebst dem Genannten, begleitet der Rechtsdienst im Bedarfsfall heikle Personalfälle; wird als Begleitung bei schwierigen Einbürgerungsgeschäften beigezogen.

- *Was ist bei den Rechtsdienstleistungen unter Prozessführung und Schulung zu verstehen?*

Prozessführung ist vor Gericht oder dem Regierungsrat/Rath (RSTH). Meistens handelt es sich um Personaldossiers. Schulungen wurden u.a. im Beschaffungsrecht und Datenschutzrecht durchgeführt.

- *Beim Datenschutz: im JB 2020 steht, es wurde Software eingesetzt, deren Datenschutzkonformität nicht vollständig gegeben war. Was ist darunter zu verstehen? Gab es ein Datenleck, wurden Daten an nicht befugte Dritte weitergeleitet oder versehentlich zugänglich gemacht?*

Die damals eingesetzte Software war «Zoom». Es gab kein Datenleck. Die Gemeinde setzt «Jitsi-Meets» ein. Diese läuft über den eigenen Server, der Datenschutz ist gewährleistet.

- *Wie hat sich die Digitalisierung auf die tägliche Arbeit ausgewirkt. Reaktionen der Mitarbeitenden?*

Die Digitalisierung ruft je nach Aufgaben und Anwendung, unterschiedliche Reaktionen bei den Mitarbeitenden hervor. Corona hat die Digitalisierung beschleunigt. Die Gemeinde ist auf gutem Wege. Mit der Einführung von GEVER (vgl. Querschnittsthema im 2020) wurde das digitale Primat in der Gemeinde eingeführt. Es ist der Gemeinde Köniz bewusst, dass sie aufgrund des öffentlichen Auftrags gehalten ist, dass möglichst alle Bürgerinnen und Bürger (auch nicht PC-affine) Zugang zu den Dienstleistungen haben.

Querschnittsthemen



Allgemeine Feststellungen und Eindrücke aus dem Einblick in die Verwaltung

Zu Punkt 1: CORONA hat bedauerlicherweise dazu geführt, dass etliche Projekte sistiert werden mussten. Ich vertraue (mit 1 Ausnahme beim Zentrumsplatz in Schliern) darauf, dass beachtet wurde, dass tatsächlich nur zeit- und kostenintensive Projekte sistiert wurden. Die Sistierung und Priorisierung (bei 19 Projekten) wurde bei jenen Vorhaben realisiert, die direktionsübergreifende Arbeiten enthalten.

Zu Punkt 2:

Rückmeldung der Direktion Präsidiales und Finanzen:

Gemeindepräsidentin: Die Zusammenarbeit mit der GPK erlebe ich als positiv. Vorbesprechungen der Geschäfte mit der Referentin (auch wenn es nicht so viele sind wie aus anderen Direktionen) sind wichtig – bei Fragen gerne jederzeit melden. **Gemeindeschreiber, Leitung Stabsabteilung:** Zusammenarbeit seitens der DPF mit der GPK wird als konstruktiv und positiv wahrgenommen.

Befund

Die Verwaltung arbeitet professionell und zielgerichtet. Die Führungskräfte und die Mitarbeitenden sind engagiert. Ich habe einen sehr guten Eindruck gewonnen.

Ort/Datum: Schliern, 30.05./06.06.2021

Direktionsreferentin: Heidi Eberhard, FDP



Jahresbericht 2020

Zusammenfassung *Direktion Planung und Verkehr, Bereich Planung*

Schwerpunktt Themen	<ol style="list-style-type: none">105.1 Raumentwicklung: Umfeldanalyse, Einblicke in die Analyse und den Prozess der laufenden Aktualisierung.<ul style="list-style-type: none">- Arealentwicklung106 Bauaufsicht: Einblick in die Dienstleistung EnergieberatungCoronabedingte Sistierung/Priorisierung der Projekte<ul style="list-style-type: none">- Rückmeldung der DPV an GPK
DirektionsreferentIn	Franziska Adam, Ruedi Lüthi

Schwerpunktthema 1 - Zusammenfassung

Für die **Umfeldanalyse** bestehen keine Vorgaben und es steckt keine „Wissenschaft“ dahinter. Es sind übergeordnete gesetzliche Vorgaben vorhanden, aufgrund derer die Umfeldanalyse jedes Jahr angepasst wird. Dies hat z.B. Einfluss auf die OPR und es wird auch intuitives Wissen integriert. Das revidierte Raumplanungsgesetz wirkt sich auf die OPR aus. Es hat aber kein Kulturwandel stattgefunden.

Der **Mehrwertausgleich** wird erklärt. Das Reglement der Mehrwertabgabe ist seit 2017 in Kraft. Die Gebiete mit Mehrwertausgleich wurden in der OPR festgelegt und das Bauinspektorat ist entsprechend informiert, wenn in diesen Gebieten ein Bauvorhaben geplant wird. Die damit generierten Einnahmen sind zweckgebunden und bilden die Spezialfinanzierung. 10% der Einnahmen sind für den Kanton bestimmt. Entnahmen aus der Spezialfinanzierung sind beispielsweise möglich für:

- Entschädigungen, wenn Planungen zu Eigentumsbeschränkungen führen, die einer Enteignung gleichkommen.
- das Treffen von Massnahmen zur besseren Nutzung der brachliegenden oder ungenügend genutzten Flächen in Bauzonen und der Möglichkeiten zur Verdichtung der Siedlungsfläche.

Stand OPR:

Ein kleiner Teil der Ortsplanungsrevision ist noch nicht in Kraft. Die Genehmigung durch das AGR jährt sich in diesen Tagen. Gegen diese Genehmigung wurden Beschwerden erhoben. Ein Gesuch auf Teilkraftsetzung ist am Laufen. Falls auch dagegen Einsprachen eingehen, wird es länger dauern. Ohne Einsprachen könnte im besten Fall Mitte August 2021 mit einer Teilkraftsetzung gerechnet werden.

Speziell ist, dass zusätzlich gegenüber der Genehmigung durch das AGR vor einem Jahr, rund 90 Parzellen von der Teilkraftsetzung ausgenommen sind. Dies aufgrund eines Rechtsvorbehalts des Kantons. Betroffen sind auch Parzellen, gegen welche weder Einsprachen noch Beschwerden erhoben wurden. Diese sind im Rahmen der Gleichbehandlung von der Genehmigung ausgenommen. Baubewilligungen auf diesen Parzellen sind derzeit sistiert, was natürlich bei den Besitzern für Unmut sorgt.



Das ganze Verfahren beansprucht einige Ressourcen. So hat beispielsweise die Publikation viele Anfragen ausgelöst und auch der Rechtsdienst wurde ziemlich beansprucht.

Arealentwicklung: Baureglementsartikel „preisgünstiges Wohnen“: Wie werden die neuen Vorschriften umgesetzt?

Seit 1. Mai ist die Verordnung zu Art. 26a Baureglement in Kraft. Die Anforderungen bedingen, dass in einem Nutzungsplan ein Anteil an preisgünstigem Wohnungsbau in Kostenmiete festgelegt wurde. Dies geschieht durch die Abteilung Raumplanung. Diese Wohnungen müssen tatsächlich und dauerhaft für Wohnzwecke vermietet werden. Es wird versichert, dass solche Geschäfte in jedem Fall ins Parlament kommen. Die nächsten Projekte sind **Wabern-Station**, **Liebefeld-Mitte** und eventuell **das Morillon**, sofern mehr als 4'000m² Geschossfläche geplant wird.

Beim **Rappentöri** wird die Baurechtsvergabe ins Parlament kommen, allerdings ist dort planungsrechtlich kein preisgünstiger Wohnungsbau enthalten. Hier hat die Abteilung Liegenschaften die Federführung. Wenn die Geschossfläche unter 4'000m² liegt, kann die Gemeinde nichts bestimmen.

Beim **Projekt Köniz-Nord**, wird man ebenfalls nichts planerisch durchsetzen können, doch es wird versucht werden, in Richtung preisgünstiges Wohnen zu gehen.

Die Berechnung der Kostenmiete wird im Baureglement in Art. 3 bis 6 der Verordnung zu Art. 26a geregelt.

Die wahre Kostenmiete, kann erst nach Bauabschluss herausgefunden werden. In der Verordnung ist geregelt, was darunter verstanden wird. Sie setzt sich aus dem Zinsaufwand für das investierte Fremd- und Eigenkapital, der Amortisation, der Unterhaltskosten, Rückstellungen für Erneuerungen, etc. sowie den Verwaltungskosten zusammen. Man habe sich dabei an den Vorgaben des Bundesamts für Wohnungswesen (BWO) orientiert.

Bei Genossenschaftswohnungen ist nicht bekannt, wie teuer diese sind. Seitens der Gemeinde sind hier keine Einflussmöglichkeiten vorhanden. Es wird darauf hingewiesen, dass Kostenmiete nicht per se günstig heissen muss, sondern es bedeutet lediglich, dass keine Rendite erzielt werden darf.

Gemäss Verordnung sind die Ortsteile Wabern-Ost, Wabern-West, Spiegel, Liebefeld, Köniz und Ried von besonders hohen Mietzinsen betroffen. Als Grundlage diente die Immobilien-Datenbank der letzten fünf Jahre. Diese Liste wird regelmässig, mindestens aber alle fünf Jahre überarbeitet. Der Ortsteil Schliern liegt 5 bis 10% unter dem Durchschnitt, weshalb es dieser nicht in die Auflistung geschafft hat.

Schwerpunktthema 2 – Zusammenfassung Bauaufsicht

Einblick in die Dienstleistung Energieberatung. Gibt es Synergien zur Fachstelle Energie?

Das Bauinspektorat macht selber keine Energieberatung, sie hat dafür kein Fachpersonal. Für solche Anfragen werden die Kunden an die Fachstelle Energie weitergeleitet. Das Bauinspektorat prüft einzig im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens mit Unterstützung einer externen Fachstelle den Energienachweis. Im Baubewilligungsverfahren werden die baurechtlichen Bestimmungen überprüft. Gibt es weitere Abklärungen, werden diese durch Fachspezialisten vorgenommen. Deren Bericht wird dann in die Baubewilligung integriert.

Bezüglich der Auslastung wird dargelegt, dass im Jahr 2020 47% mehr Baugesuche eingegangen sind. In einem Durchschnittsjahr wird mit rund 220 Baugesuchen gerechnet. Im Jahr 2021 wird man wohl 400 Baugesuche ansteuern. Die Situation ist also schwierig und es wird länger dauern, bis man hier den Arbeitsrückstand aufgearbeitet hat. Aus diesem Grund wurde beim Gemeinderat eine zusätzliche Stelle beantragt und auch bereits schon bewilligt.

Zum Anstieg der Baugesuchseingänge wird dargelegt, dass Corona nur ein Faktor sei. Eine andere Rolle spiele beispielsweise die Energiewende. So müssen in diesen Jahren viele Elektrospeicher



Heizungen ersetzt werden (Betriebsfrist läuft 2031 ab), was ein Baubewilligungsverfahren auslöst. Zudem sei ein Heizungsträgerwechsel nicht immer eine einfache Geschichte (z.B. Lärmprobleme) und bedeute oftmals einen grösseren Aufwand.

Seit anfangs Jahr können Baugesuche auch digital mittels eBau (elektronisches Baubewilligungsverfahren) eingereicht werden. In dieser ersten Übergangsphase müssen aber nach wie vor zwei Exemplare in Papierform eingereicht werden. Bisher sind 20 bis 30 solcher digitalen Baugesuche eingegangen. Das Bauinspektorat besteht aus einem jungen Team, welches dieser Entwicklung offen gegenübersteht. Allerdings bedeute eBau auch einen nicht unerheblichen Mehraufwand, da zum Beispiel Planeinträge digital gemacht werden müssen und nicht mehr wie bisher von Hand. Im Herbst kann die zusätzliche Person mit einem 80%-Pensum ihre Stelle antreten. Positiv ist, dass dieser neue Angestellte bereits in einer eBau-Pilotgemeinde tätig war.

Diese zusätzliche Stelle wird auch zu mehr Einnahmen und Gebühren führen. Der Kostendeckungsgrad beläuft sich auf ca. 80%.

Es wird offengelegt, dass im Moment die gesetzlichen Fristen für die Baugesuchsbearbeitung nicht eingehalten werden können. Dies ist nicht nur in Köniz der Fall, sondern die gleiche Situation herrscht auch beim Regierungsrat. Dies führt dazu, dass die Unzufriedenheit und die Ungeduld der Gesuchsteller grösser werden. Die normale Durchschnittsbearbeitungszeit eines Baugesuchs mit Publikation wird mit 3 bis 4 Monaten angegeben. Dies ist allerdings stark von der Qualität und Vollständigkeit des Gesuchs abhängig und davon, ob Einsprachen eingehen oder nicht.

Weitere Themen: Querschnitt-Thema

Coronabedingte Sistierung/Priorisierung von Projekten (vgl. GPK 30.11.2020). Auswirkungen, Planung der Wiederaufnahme. Welche Projekte sind betroffen?

Der Gemeinderat hat 19 Projekte zwischen 6 und 12 Monate sistiert. Es sind alles direktionsübergreifende Projekte. Die Sistierung erfolgt nicht alleine wegen Corona, sondern es gab zu viele offene Projekte. Der Gemeinderat wurde daher zweimal aufgefordert, die Projekte zu priorisieren. Als auch andere Abteilungen eine Überbelastung feststellten, wurden dann diese Sistierungen beschlossen.

Betroffen sind unter anderem die Projekte

- Kleinwabern, Bächtelenacker inkl. Balsigermatte (ZöN), bis Ende 2021
- Morillon, bis Ende 2023
- Zentrum Schliern, bis Ende 2023

Es wird festgehalten, dass es keine Frist gibt, welche festlegt, wie schnell die Gemeinde hilft, Areale zu entwickeln.

Was passiert mit den fehlenden personellen Ressourcen? Auch wegen der Kündigung der Person Koordination Grossprojekte (KOP)?

Die Arealentwicklungen als solche ist nicht die Aufgabe der KOP. Erst wenn planungsrechtlich alles klar ist, dann kommt die KOP zum Zug.

Der Abgang der Fachstelle Koordination von Grossprojekten wird schwierig zu überbrücken sein, insbesondere da sich die 2. Person im Mutterschaftsurlaub befindet. Für eine funktionierende KOP braucht es plus/minus 200 Stellenprozent.

Befund

Rückmeldung der DPV an die GPK und das Parlament (Qualität der Verwaltungsarbeit etc.)

Generell wird es als problematisch angesehen, wenn der Gemeinderat und die Direktion mit Grundeigentümern Vereinbarungen und Verträge aushandelt, die GPK diese Vorhaben stützt und dann das Parlament anders entscheidet. Die Gemeinde wird dadurch als unzuverlässigen Partner angesehen. Um dies zu verhindern, ist man gerne bereit, das Geschäft zu erläutern. Die Problematik ist derzeit jedoch, dass die GPK durch das Parlament ebenfalls überstimmt wird. Unter diesen Bedingungen würde auch eine Baukommission nichts nützen. Das Parlament sollte nicht



operativ tätig sein, sondern gesetzgebend. Die Planungsabteilung versichert, dass sie für Fragen immer zur Verfügung steht. Allerdings stellte sie in der Vergangenheit fest, dass kaum je kritische oder negative Anfragen gestellt wurden.

Seitens des Gemeinderates wird festgestellt, dass die Gemeinde Gefahr läuft, den Ruf als sicheren Vertragspartners zu verlieren. Dies da die Gemeinde Vereinbarungen aufgrund der Entscheide des Parlaments wiederholt rückgängig machen musste.

Auf die Frage, ob etwas geändert werden könne, wird erklärt, dass die Finanzkompetenz des Parlaments nicht ausgehebelt werden könne. Die Finanzkompetenz könnte einzig delegiert werden, was aber nicht realistisch wäre.

Derzeit erscheine es so, dass im Parlament finanzpolitische Interessen, der Wahlkampf und Sachgeschäfte vermischt werden, was dazu führt, dass keine sachpolitischen Entscheide mehr gefällt werden.

Für die Gemeinde ist es wichtig, die GPK als transparenten und verlässlichen Partner zu haben.

Ort/Datum

DirektionsreferentIn

Köniz, 7. Juni 21

Franziska Adam, Ruedi Lüthi



Jahresbericht 2020

Zusammenfassung DPV – Bereich Verkehr und Unterhalt

Schwerpunktt Themen	1. Einblick in die Aufgabenerfüllung: laufende Projekte, Ressourcen
	2. Betrieb Autowerkstatt: Kosten/Nutzen
	3. Querschnittsthema
Direktionsreferent:in	Ruedi Lüthi und Heidi Eberhard (Stv.)

Schwerpunktthema 1 - Zusammenfassung

107.1 Planungsleistungen Individualverkehr (inkl. Strassen für ÖV)

Ressourcenübersicht

- Verkehrsplanung (VPLAN): 4 Projektleitende mit insgesamt 280%, 1 Praktikant mit 60%
- Realisierung Infrastruktur (RSI): 3 Projektleitende mit insgesamt 270%, 1 Leitung mit 100%
- Sachbearbeitung: 2 Mitarbeitende (170%),
- Vakanz: 2
- Externe Bauherrenunterstützung (BHU) und Verkehrsplanungsmandate

Betreffend Vakanz wird erläutert, dass eine 80%-Stelle ab September neu besetzt werden kann. Eine Leitungsstelle (100%) bei der Verkehrsplanung ist seit einem Jahr ausgeschrieben und aufgrund der Bewerbungen konnten bisher lediglich zwei Bewerber zu einem Gespräch eingeladen werden. Der Markt ist sehr ausgetrocknet.

Der Umfang der externen Unterstützung beläuft sich auf ca. 200%. Diese wird für Projekte wie Tramlinienverlängerung, Rappentöri usw. beansprucht. Bei der Wahl der externen Firmen gibt es eine gewisse Konstanz. Ein Wechsel ist aber durchaus mal möglich. Die Vergabe kann bis zu einem Betrag von CHF 150'000.-- freihändig erfolgen.

Aufgabenerfüllung

Derzeit gibt es 138 laufende Vorhaben. 29 davon sind grössere Projekte. Die Wichtigsten sind:

- Umgestaltung hindernisfreie Haltestellen
- Strassenwerterhalt
- Fuss- und Radweg (FRW) Wabern
- Projekte Seftigenstrasse (SEFT; Tramlinienverlängerung, Sanierung, ÖV-Knoten)
- Wabern Bahnhof
- Niederwangen
- Riedmoosstrasse
- Verkehrsmanagement Liebefeld-Köniz
- Rappentöri
- Fuss- und Radweg (FRW) Muhlern-Stapfenstrasse
- Programm Fuss Velo Köniz
- Elektrifizierung L10/19
- Realisierung Lärmschutz



Neue Quartierserschliessungen

- Juch-Hallmatt: Erschliessung arealintern, Verbindung Bahnhof Juch, Kapazität Zufahrten
- Ried: Papillonallee, Landorfstrasse, Weiler
- Rappentöri: untere Stapfenstrasse/Hast., Fuss- und Radweg Muhlern-Stapfenstrasse
- Bläuacker II: öffentlicher Platz
- Köniz Zentrum Nord: Bahnhofstrasse/Sonnenweg
- Liebefeld-Mitte: Anpassung Schwarzenburgstrasse, ÖV-Verknüpfung
- Wabern-Station: Erschliessung Bahnhof, Anbindung Fuss- und Radweg, ÖV-Konzept
- Zieglerareal: Verkehrssicherheit, Erschliessung
- Areale Kleinwabern: Erschliessung, Anbindung an Tram/ÖV-Knoten
- Morillonmatte: Erschliessungskonzept

Für die Quartierserschliessung Bläuacker II wurde die Planung extern vergeben, da es hier zu rechtlichen Streitigkeiten gekommen ist, wer was bezahlt. Es konnte leider keine Einigung erzielt werden, deshalb wird es wohl ein rechtliches Nachspiel geben.

Das Geschäft Quartierserschliessung Liebefeld-Mitte war bis Ende Mai sistiert und wird im Juni 2021 nun wieder aufgenommen.

Das Zieglerareal gehört der Stadt Bern und der Plan wird deshalb nicht von Köniz bestimmt. Die Gemeinde Köniz ist jedoch im Verfahren involviert.

Die Arbeiten bzgl. Morillonmatte wurden eben erst begonnen. Hier hat die Gemeinde Köniz den Lead und es werden alle Beteiligten einbezogen werden. Geplant ist, dass 2024 die Zone mit Planungspflicht (ZPP) überarbeitet wird.

Die Erschliessung der Areale in Kleinwabern müssen auch mit der Seftigenstrasse kompatibel sein. Die Bauphase für das Tram ist 2025/2026 vorgesehen und die Inbetriebnahme für das Jahr 2027. Die erforderliche Volksabstimmung für neue Einzonungen haben keinen Zusammenhang damit (inkl. Bau-Entscheid des Bundesamtes für Bauten und Logistik BBL).

107.2 Öffentlicher Verkehr

Das Angebotskonzept 2040 sieht für die Linien Bern-Schwarzenburg und Bern-Freiburg/Laupen einen ¼-Studentakt vor.

Die Entflechtung Weyermannshaus ist Bedingung für einen ¼-Studentakt im Wangental. Das Projekt ist noch nicht gestartet, sollte aber im 2022 begonnen werden. Auch für die Line S6 wird eine Durchbindung angestrebt. Damit rechtzeitig die langfristige Planung gesichert ist, muss spätestens 2022 gestartet werden. Die Prozesse liegen jedoch nicht in der Federführung der Gemeinde Köniz.

Im Ried gibt es kein ÖV-Angebot nach 22.00 Uhr! Aufgrund des kürzlich gefällten negativen Entscheids des Parlaments zu den Bushaltestellen im Ried, wird derzeit seitens der zuständigen Direktion auch kein solcher Ausbau in Betracht gezogen.



Schwerpunktthema 2 - Zusammenfassung

109.1 Unterhalt Fahrzeuge und Geräte

Betrieb Autowerkstatt: Kosten/Nutzen

Früher waren die Kosten auf diverse Dienststellen aufgeteilt, wodurch keine Gesamtkostenübersicht bestand. Grosse Reparaturen und Unfälle waren daher kaum ersichtlich und es gab Unterschiede in der Verbuchung der Rechnungen.

Seit 2015 ist die Gruppe Fahrzeugdienst neu organisiert, wodurch eine Effizienzsteigerung nachgewiesen werden konnte. Dies wurde im Rechenschaftsbericht 2017 erläutert.

Alle Fahrzeuge, Geräte, Maschinen der Gemeinde ab CHF 5'000.-- unterstehen einem zentralen Flottenmanagement. D.h.: Zentrale Beschaffung und Werkstatt für Reparatur, Service, Wartung, Motorfahrzeugkontrolle, Ausrüstung für alle Fahrzeuge, Geräte und Maschinen.

Pikettdienst, d. h. die Mitarbeiter:innen befinden sich im Bereitschaftsdienst für alle Abteilungen der Gemeinde (inkl. Transportdienste und Mitarbeit Winterdienst).

Das aktuelle Flottenmanagement bewirkt, dass die Fahrzeuge, Geräte und Maschinen

- effizient, transparent (Kosten, Verbrauch, Unterhalt) und rechtskonform betrieben und unterhalten werden,
- besser und wirtschaftlicher ausgelastet und betrieben werden,
- nur beschafft und betrieben werden, wenn Bedarf besteht,
- so beschafft werden, dass sie vielseitig verwendbar sind,
- koordiniert und günstiger beschafft werden können, so dass politische Ziele wie Energiestadt und Service-Labels erreicht werden können,
- in der Fahrzeugdatenbank BDK mit sämtlichen Parametern erfasst werden und so die Kosten je Fahrzeug/Gerät/Maschine transparent dargestellt werden können,
- einen Wiederbeschaffungswert (WBW) von ca. CHF 10.5 Mio. haben,
- Unterhaltskosten von 8 - 9% des Wiederbeschaffungswerts verursachen. Dieser Betrag liegt unter demjenigen des Baumeisterverbands mit 10%.

Die Fahrzeuge in Köniz sind sehr gut ausgelastet. Spitzen werden durch externe Anbieter überbrückt. Ziel ist, die Geräte gemeinsam zu nutzen und somit eine bessere Auslastung der Geräte zu erreichen. So wird der Rasenmäher der Schule auch andernorts eingesetzt, anstatt dass ein zusätzlicher angeschafft wird.

Die Gruppe FuW ist vielfältig aufgestellt. Es gibt verschiedene Berufsintergründe, was dazu führt, dass die Gruppe vielseitig und somit gut ausgelastet ist.

Die Werkstatt erledigt den normalen Unterhalt und Service. Spezi alsachen werden extern vergeben, da es sich hier nicht lohnen würde, Spezialgeräte anzuschaffen. Die Angestellten sind gut ausgelastet und man müsse einen Vergleich keineswegs scheuen.

Die Grösse der Werkstatt und das Personal funktionieren derzeit sehr gut. Die Fluktuation ist nicht gross. Das Angebot auf dem Arbeitsmarkt ist zwar nicht riesig, aber bisher hatte die DPV immer Glück bei der «Personenauswahl» (wichtig ist, dass Team aus Allroundern besteht).

Sowohl der Zivilschutz als auch die Feuerwehr kennen die Fahrzeugflotte und greifen gelegentlich darauf zu. Die Tankstelle ist beim Bund hinterlegt, da diese eine von fünf Tankstellen im Kanton Bern ist, welche eine Notstromversorgung aufweist.

Umstellung auf Elektrofahrzeuge

Derzeit sind folgende Elektrofahrzeuge angeschafft worden oder in Planung: 3 Hyundai Kona (PW), 2 Nissan ENV 200 (Lieferwagen), 4 Wegmeister-Kleinstfahrzeuge mit Anhänger (beantragt), 1 Schulbus (beantragt).

Bei der Beschaffung von Serienfahrzeugen wird die Möglichkeit eines Einsatzes von Elektrofahrzeugen geprüft. Das Angebot für Personenwagen und Bussen ist dabei gut, bei den Nutzfahrzeugen ist es jedoch eingeschränkt.



Zurzeit wird überlegt, noch etwas mehr Power in die Ladestationen zu bringen, dies für den Fall, dass bald einmal auch LKW's in die Flotte aufgenommen werden.

Bei Anfragen aus anderen Gemeinden ist die DPV sehr zurückhaltend. Die Gemeinde will das Gewerbe nicht konkurrenzieren.

3. Querschnittsthema

1. Coronabedingte Sistierung/Priorisierung von Projekten (Auswirkungen und Planung der Wiederaufnahme)

Zu den Sistierungen wird erläutert, dass die Projekte die Voraussetzung haben mussten, dass durch deren Sistierung mehrere Abteilungen entlastet werden. Durch die Sistierung wurde versucht, den nächsten Projektschritt in der Planung zu stoppen. Auf die Frage, weshalb die Presse und die GPK unterschiedliche Daten erhalten resp. publiziert hätten, wird erläutert, dass die Liste der GPK stimmt. Die Zeitungen hätten nicht korrekt informiert. Die ersten Sistierungen sind nun Ende Mai ausgelaufen.

2. Wahrnehmung der GPK: Rückmeldung der Direktionsvorstehenden an die GPK

Was die Prüfung der Geschäfte angeht, wird die GPK als gut wahrgenommen. Es wird aber sehr bedauert, dass die GPK derzeit keine Referenz mehr ist, wenn es um die Entscheide geht. Ihre Entscheide sind nicht mehr repräsentativ. Die Fraktionen müssten hier über die Bücher, denn mit ihren gegenteiligen Beschlüssen würden die Fraktionen ihre GPK-Mitglieder desavouieren. Dies macht die Zusammenarbeit mit der Verwaltung nicht einfacher. Durch eine Vergrößerung der GPK wird dieses Problem nicht gelöst. Würde eine Hoch- und Tiefbaukommission eingesetzt und die Fraktionen würden dann ebenfalls andere Entscheide fällen, so wäre deren Nutzen fragwürdig.

Befunde

1. Allgemeine Feststellungen und Eindrücke aus dem Einblick in die Verwaltung

Gemeinderat Christian Burren und seine Mitarbeitenden waren auf unsere Fragen bestens vorbereitet und konnten uns kompetent und präzise Auskunft geben. In der DPV wird effizient mit grossem Engagement gearbeitet. Vielen Dank.

2. Rückmeldung an das Parlament (Qualität der Verwaltungsarbeit etc.)

Unerwartete und nicht angekündigte Rückweisungen von Geschäften mit finanziellen und vertraglichen Auswirkungen (siehe auch Querschnittsthema, Punkt 2) verursachen zusätzliche nicht geplante Kosten und Personalaufwände. Kommissionsentscheide sind nicht mehr repräsentativ.

Spiegel, 8. Juni 2021

Direktionsreferent

Ruedi Lüthi



Jahresbericht 2020

Zusammenfassung Direktion Bildung und Soziales (DBS)

Schwerpunktt Themen	1. 14.1 und 114.2 Angebote zur sozialen Existenzsicherung in den Bereichen Asyl und Migration: Fachbereich Integration
	2. 115.6 Verwaltungsleistungen zu Händen der Schulen: Dienstleistungen DBS für Schulen und persönliche Nachfolgeplanung
DirektionsreferentIn	Dominique Bühler und Franziska Adam

Schwerpunktt hema 1 - Zusammenfassung

Die Arbeit der Fachstelle Integration stützt sich auf verschiedene Elemente des Könizer Integrationskonzepts, des Integrationsreglements und Leitlinien des kant. Integrationsgesetz (IntG):

- Individuelle Beratung und Information für Migrantinnen und Migranten: Der Zulauf ist ziemlich angestiegen - vermehrte Abklärungen zu Kita Plätzen. Die grosse Herausforderung → isolierte Familien zu erreichen.
- Begrüssungsschreiben für ausländische NeuzuzügerInnen
- Beratung, Vermittlung und Bereitstellung von Schulungs- und Bildungsangeboten: Unterstützung z.B. mit Sprachkurs oder Verweis an das Berufs- und Informationszentrum BIZ.
- Organisation des Interkulturellen Frauentreffs: niederschwelliges Angebot.
- Beratung und Information von Einrichtungen und Unternehmungen mit Bezug zur Integrationsthematik
- Organisation von interkulturell Dolmetschenden für Schulen und Verwaltungsstellen der Gemeinde Köniz: Die Organisation umfasst ca. 40 Personen. Übersetzung werden für alle Fachstellen der Gemeinde gemacht.
- Planung und Koordination von privaten und öffentlichen Bestrebungen im Integrationsbereich wie z.B. die Migrationskonferenz Köniz, MukiDeutsch, Lehrstellennetz, schrittweise: Die Migrationskonferenz ist ein Beratungsorgan (20 Personen aus Verwaltung, Kirche, Organisationen und MigrantInnen). Während COVID wurden fremdsprachige Informationen unter die ausländische Bevölkerung gebracht.
- Mini-Job Köniz (für Personen mit Ausweis F und B): Wurde im 2020 stark ausgebaut und dient der sozialen Integration.

Die Fachstelle besteht aus einem 80% Pensum, welches auf zwei Personen aufgeteilt ist. Die vorhandenen Personalressourcen decken das bestehende Angebot. Eine Zunahme der Anfragen wird verzeichnet und die Arbeitsabläufe wurden vereinfacht. Trotzdem fehlen Ressourcen und Budget für neue Projekte. Bspw. nur wenige Angebote für Männer.

Innerhalb des Departements besteht eine gute Vernetzung. Wegen Reorganisation des Kompetenzzentrum Integration (Stadt Bern) und COVID hat wenig Austausch mit dem Kompetenzzentrum stattgefunden. Die kantonale Sozialkonferenz wurde letztmals im 2017 durchgeführt.

Sozialhilfeleistungen (Abteilung Soziales):

Im 2020 sind viele Anfragen eingegangen, bis die Hilfsprogramme des Bundes gegriffen haben. Die Zahlen der SozialhilfebezügerInnen stagnieren.

Im Bereich Arbeitsintegration bietet die Farb AG Dienstleistungen. Die Arbeitsintegration erfolgt neu aufgrund des Gesetzes über die Sozialhilfe im Asyl- und Flüchtlingsbereich (SAFG).



Das Projekt „Neustrukturierung des Asyl- und Flüchtlingsbereichs im Kanton Bern“ (NA-BE) hat sich zum Hauptziel gesetzt, die Arbeitsmarktintegration zu erhöhen, um Personen von der Sozialhilfe abzulösen.

SchwerpunkttHEMA 2 - Zusammenfassung

Die Grundlage der Dienstleistungen bildet das Bildungsreglement, die Geschäftsordnung und die Aufgabenverteilung der Schulleitung:

- die Führung des Sekretariats der Schulkommission, der Schulleitungskonferenz und der Tagesschulkonferenzen
- die Führung der Bildungsstatistik für die gesamte Schule
- die Abrechnung mit dem Kanton
- die Schulraumplanung für die gesamte Schule
- das Qualitätsmanagement gemeinsam mit der Schulkommission (der Qualitätskreislauf wurde in ein Qualitätsmanagement umstrukturiert)
- die fachliche Unterstützung der Schulkommission durch Abklärungen und Auskünften
- Anpassungen der Schulkreisgrenzen
- Die fachliche Führung und Unterstützung der Schulsozialarbeit und der Schulsekretärinnen
- Leitung der Schulsozialarbeit durch die Fachstelle Prävention
- Konzeptionelle Erarbeitung und Schulung des ICT-Berichts (Unified Communications-Lösung)
- Beschaffungswesen
- Ökologische Sammlungen
- Lehrstellennetz
- Organisation der Schulzahnpflege und des Schularztes

Der Kanton und die Gemeinde bestimmen die Prioritätensetzung der Dienstleistungen. Die Schulkommission hat eine Übersicht der Dienstleistungen. Es kommt aber nach wie vor zu Abgrenzungsschwierigkeiten. Änderungen der Dienstleistungen werden kommuniziert. Die Klausuren im 2020 fanden gemeinsam statt und ein Qualitätsmanagement wurde erarbeitet. Die Schulleitungen und die Schulkommission werden, wenn möglich in Arbeitsgruppen einbezogen. Durch die Pandemie ist der Austausch intensiver geworden.

Nachfolgeplanung DBS - Kaderstellen und Nachfolgeplanung der Schulleitungen:

Die Nachfolge der Leiterin Abteilung Bildung, Soziale Einrichtungen und Sport ist gesichert und Wissenstransfer findet statt. Die Nachfolge vom Leiter der Fachstelle Alter, Jugend und Integration (ab Juni) und der Fachstelle Bildung (ab August) ist gesichert. Der Zeitplan für die Rekrutierung eines neuen Schulleiters für die Schule Spiegel wurde aufgegleist.

Querschnittthema

1. Coronabedingte Sistierung/Priorisierung von Projekten (vgl. GPK 30.11.2020). Auswirkungen, Planung der Wiederaufnahme.

Im Bereich DBS gibt es keine Sistierungen von Projekten. Die Schaffung neuen Schulraums wurde weiter hinausgeschoben, DBS ist aber nur Besteller.

Allerdings besteht eine Notwendigkeit in Kleinwabern, Morillon, Wabern Schulraum zu realisieren. Eine Reorganisation der DBS ist trotz neu Besetzung von Kaderstellen nicht angedacht.

2. Wahrnehmung der GPK. Rückmeldung der Direktionsvorstehenden an die GPK

Gemäss Aussage des GR ist oft die Flughöhe ein Thema z.B. Debatte zur Wahl der Baustoffe ist nicht die richtige Flughöhe. Auch sei der Aufgabenbereich der GPK nicht immer klar - klare Trennung von Exekutive und Legislative. Der Detaillierungsgrad sei oftmals zu gross. Der Gemeinderat mache sich diesbezüglich auch Gedanken, was er besser machen könne.



Befund

Allgemeine Feststellungen und Eindrücke aus dem Einblick in die Verwaltung

- Im Gespräch mit der Verwaltung wurde sehr transparent diskutiert. Dies hat einen sehr guten Eindruck der Verwaltungsarbeit vermittelt. Wir danken allen für die Gespräche und die ausführliche Beantwortung der gestellten Fragen

Rückmeldung an das Parlament (Qualität der Verwaltungsarbeit etc.)

- Die Fachstelle Integration erbringt eine enorme Dienstleistung mit einem 80% Pensum. Die Vernetzungsarbeit ausserhalb der Verwaltung könnte verbessert werden. Die vorhandenen Ressourcen für die Fachstelle sind zu überprüfen. Die Arbeitsintegration sollte weiter von der Gemeinde gefördert und die laufenden Projekte mitverfolgt werden.
- Die Verwaltung bietet sehr viele Dienstleistungen für die Schulen. Hier besteht eine Herausforderung in der Kommunikation. Im Weiteren sollen Abgrenzungsschwierigkeiten/Rollenverständnis von Schulkommission, Verwaltung und Schulleitung weiterhin genauer angeschaut werden.
- Die neue Besetzung der Stellen (Nachfolgeplanung) und Wissenstransfer wurde frühzeitig eingeleitet.

Ort/Datum Liebefeld, 8.06.2020

Direktionsreferentin Dominique Bühler



Jahresbericht 2020

Zusammenfassung *Direktion Sicherheit und Liegenschaften*

Schwerpunktt Themen	1. 118.1 Einwohnerdienste und Registerführung
	2. 120 Bade-/Freizeitanlagen
DirektionsreferentIn	Adrian Burren, StV Dominique Bühler

Schwerpunktt hema 1 - Zusammenfassung

Wohl alle kennen die Schalter der Einwohnerdienste. Nur wenige wissen wie weitreichend die Arbeit der Einwohnerdienste ist. Herzstück ist das Einwohnerkontrollprogramm. Es bildet die Grundlage, in welchem sämtliche Einwohner erfasst sind, inkl. Stammregister. In der Schweiz bildet die Gemeinde als kleinste öffentliche Institution die Basis für die Einwohnerregister. Dies ist so gewachsen und die Gemeindeautonomie ist sehr stark verankert. Ein zentrales nationales Register wäre sicherlich effizienter und einfacher, jedoch in unserem föderalistischen System schwierig umzukrempeln.

Ein besonders hoher Aufwand entsteht in der Abteilung Einwohnerdienste bei der Ausländer-Anmeldung. Es braucht sehr viel Fachwissen im Bereich Ausländerrecht und diverse Sprachkenntnisse.

Die Einwohnerdienste haben einen Aufwandüberschuss von ca. 340'000.- Die Anmeldegebühren für einen Schweizer betragen CHF 20.00. Ausländer haben dagegen relativ hohe Anmeldegebühren plus Kosten für die Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung, Adressänderung, Statusänderung etc. Ein Teil dieser Gebühren geht an den Kanton.

Die Gemeinde Köniz verfügt über keinen Fremdenpolizei-Status. Entscheide und die Verfügungen werden dem Kanton überlassen. Da diese Arbeit sehr umfassend und aufwändig ist, ist dies die effizienteste und kostengünstigste Lösung für die Gemeinde.

Die Einwohnerdienste waren im Coronajahr bei den letzten, die den Schalter schlossen und bei den ersten, die ihn wieder öffneten. Ihre Arbeit ist eine essenzielle Aufgabe der Gemeinde. Ein herzliches Dankeschön an alle die geholfen haben, die Schalter der Einwohnerdienste „am Laufen“ zu halten.

Schwerpunktt hema 2 - Zusammenfassung

Die Bade/ Freizeitanlagen haben den Gemeinderat und die Verwaltung im „Coronajahr“ sehr stark gefordert. Distanzregeln und Zutrittsbeschränkungen die sich laufend änderten, mussten gemeistert werden. Ein grosses Dankeschön an alle die es ermöglicht haben, die Bade/Freizeitanlagen offen zu halten.

Anlass zur Diskussion der Bade- und Freizeitanlagen gaben die insgesamt Fr. 400'000.- Mehrausgaben im 2020 gegenüber 2019.

Im Eichholz beliefen sich die Mehrkosten auf CHF 70'000 und waren ausschliesslich Corona bedingt entstanden. Da es insbesondere in den Sommerferien zu sehr vielen Besuchen gekommen ist, wurden zusätzliche Broncos-Patrouillen bis in die Nacht hinein aufgeboden. Dies habe zusätzliche Kosten von zwischen CHF 50'000 und CHF 60'000 verursacht. Die erhöhte Patrouillentätigkeit hatte positive Auswirkungen auf den Nachtbetrieb im Eichholz. Es gab weniger Lärmbeanstandungen und kaum Schlägereien. Ohne die Unterstützung der Broncos-Security hätte die Situation wohl innerhalb von 2 bis 3 Wochen eskalieren können.

Das Eichholz ist ein beliebter Treffpunkt für Junge und immer mehr ein Ort für Familien. Herausforderungen sind neben dem Lärm der Rauch, welcher durch die mitgebrachten Grills entsteht sowie die falsch abgestellten Fahrzeuge.



In der Badeanstalt Weiermatt hat das notwendige Schutzkonzept hohe Kosten verursacht. Zudem wurde von Chlorgas auf Chlorgranulat umgestellt. Das Chlorgranulat ist viel sicherer im Umgang und die Wasserqualität besser «justierbar».

Ein weiterer Teil der Kosten ist auf kranke Mitarbeiter zurückzuführen. Zudem ist es zu ausserordentlich notwendigen Kleininvestitionen im Restaurant und Sanitärbereich gekommen (z.B. Ersatz Sprungbretter, Sonnenschirme etc.).

Weitere Themen

Querschnittsthemen:

Sistierung/Priorisierung von Projekten

Die Einwohnerdienste haben nicht dringende Aufgaben aufgeschoben, um die essenziellen Dienstleistungen erbringen zu können. Benötigte personelle Ressourcen werden durch eine Praktikumsstelle besetzt.

In der Badeanlage Weihermatt wurde eine Überdachung des Restaurantsaussenbereichs nicht umgesetzt.

Befund

1. allgemeine Feststellungen und Eindrücke aus dem Einblick in die Verwaltung

Die Verwaltung ist bestrebt, ihre Dienstleistungen in hoher Qualität erbringen zu können. Personelle Abgänge und Ausfälle insbesondere in der Badi Weihermatt müssen noch bereinigt werden.

2. Rückmeldung an das Parlament (Qualität der Verwaltungsarbeit etc.)

Das Jahr 2020 war ein schwieriges Jahr mit vielen Herausforderungen. Die Verwaltung hat diese Herausforderungen angenommen und gemeistert. Danke.

Ort/Datum
07.06.2021

DirektionsreferentIn
Adrian Burren



Jahresbericht 2020

Zusammenfassung *Direktion Umwelt und Betriebe*

Schwerpunktt Themen	1. 124.1/124.2 Fachstelle Umwelt und Energie (FS UWE)
	2. 126.1 Wasserversorgung
Direktionsreferent	Roland Akeret / Adrian Burren

Schwerpunktthema 1 - Zusammenfassung

Per 01.12.2019 wurden im Rahmen der Aufgabenüberprüfung 2019 die Fachstellen Energie und Umweltschutz zur neuen Fachstelle Umwelt und Energie (FS UWE) zusammengeführt. Mit dieser Massnahme sollte die Halbierung der Finanzmittel des Energiebereichs von CHF 415'000.00 (Rechnung 2016) auf CHF 215'000.00 (Budget 2021) aufgefangen werden. Dank schlankeren Strukturen und Synergienutzungen sollten die Effizienz erhöht und die Zusammenarbeit vereinfacht werden.

Trotz Optimierungsmassnahmen führten die Mittelkürzungen zu Leistungskürzungen und zu Verschiebungen von Aufgaben in andere Verwaltungsbereiche. So wurden im Energiebereich die Arbeiten auf die Umsetzung der Massnahmen im Richtplan Energie beschränkt (Fokus Wärmeversorgungsplanung und Wärmeverbände) und die Federführung in verschiedenen Bereichen der Mobilität abgegeben. Zudem wurde die Kommunikation im Bereich Mobilität auf die reinen Klima- und Energieaspekte reduziert und die finanziellen Beteiligungen an verschiedenen Projekten im Rahmen des Langsamverkehrs gestrichen.

Im Gebiet der Wärmeverbände übernahm die FS UWE hauptsächlich Planungs- und Koordinationsleistungen. Dabei agierte sie auch als Bindeglied zwischen den Anbietenden und der Kundschaft, aber auch zwischen den Anbietenden und den verschiedenen Fachstellen der Verwaltung.

Trotz der erwähnten negativen Folgen können aus der Zusammenlegung auch positive Rückschlüsse gezogen werden. So konnte die Schnittstelle zwischen den Bereichen Luftreinhaltung (Feuerungskontrolle) und Energieplanung optimiert werden. Diese Optimierung war bereits früher angedacht worden, die Ressourcenkürzung trieben diese dann aber voran.

Auf strategischer Ebene können die Leistungen der Gemeinde nicht weiterverrechnet werden. Hingegen wird jeweils versucht, konkrete projektbezogene Leistungen den Wärmeverbänden weiter zu verrechnen. So konnte z. B. für den Wärmeverbund Wabern eine entsprechende Vereinbarung getroffen werden.

Schwerpunktthema 2 – Zusammenfassung

2.1 Chlorothalonilabbauprodukte im Trinkwasser

Der Höchstwert von Chlorothalonil und seinen Abbauprodukten liegt bei 0.1 Mikrogramm pro Liter Trinkwasser. Der Stoff gilt als potenziell krebserregend. Für die Abbauprodukte fehlen bis heute wissenschaftliche Nachweise über deren Gefährlichkeit bzw. deren Unbedenklichkeit. Deshalb gelten für diese die gleichen Grenzwerte. Im Trinkwasser von Köniz wurden bislang ausschliesslich die Abbaustoffe von Chlorothalonil nachgewiesen.

Aufgrund von Grenzwertüberschreitungen wurden im Herbst 2019 die Gummerslochquellen abgestellt und das Wasser der Mangelquellen seit Frühling 2020 mit unbelastetem Grundwasser gemischt. Im Versorgungsgebiet Köniz-Liebefeld kann der Grenzwert trotz Mischung nicht eingehalten werden.



Grenzwertüberschreitungen müssen innerhalb von zwei Jahren unter den Höchstwert abgesenkt werden. Diese Vorgabe kann realistischweise nicht eingehalten werden. Gemäss Bund und Kanton kann das Wasser aber trotzdem ohne unmittelbare Gefahr für die Gesundheit konsumiert werden. Gestützt auf das Vorsorgeprinzip und laut Weisung des Bundes werden laufend Wasseranalysen durchgeführt und die Bevölkerung aktiv über die Messresultate informiert (Überprüfen, Messen, Informieren).

Für die Margequellen soll unter Einbezug der Landeigentümer*innen und den Bewirtschaftenden eine Zuströmbereichsanalyse durchgeführt werden. Diese für die Wasserversorgung von Köniz wichtigen Quellen sollen für eine langfristige Weiternutzung zur Verfügung stehen.

2.2 Integration der Wasserversorgung Oberbalm, Rückblick auf den bisherigen Projektverlauf

Aufgrund von unüberbrückbaren Differenzen mit dem ursprünglich bauprojektierenden Ingenieurbüro erfuhr die Integration der Wasserversorgung Oberbalm noch in der Bauprojektphase eine rund zweijährige Verzögerung. Nachdem der Auftrag entzogen und neu vergeben wurde, verläuft das Projekt sehr zufriedenstellend. Die Neubauten sollen im Spätsommer 2021 in Betrieb genommen werden können. Danach müssen im Dorf Oberbalm noch dringende Leitungssanierungen vorgenommen werden. Der vom Volk im Jahr 2014 bewilligte Kredit von CHF 6.3 Mio. (+/- 20 %) sollte knapp eingehalten werden können.

Querschnittsthemen

Corona bedingte Sistierung von Projekten

Die Corona bedingte Sistierung von Planprojekten führte zu freien Ressourcen, die für andere Aufgaben eingesetzt werden konnten. So wurde die Wärmeversorgungsplanung Köniz-Liebefeld sistiert und das aufgrund der Tramlinienverlängerung nach Kleinwabern dringlich gewordene Wärmeversorgungsprojekt in Wabern hochgefahren. Die Wiederaufnahme der sistierten Projekte wurde durch den Gemeinderat terminiert.

Wahrnehmung der GPK durch den Direktionsvorstehenden

Der Direktionsvorsteher möchte vermehrt in die politische Diskussion in der GPK eingebunden werden, ohne aber bei den Abstimmungen zugegen zu sein. Einerseits könnte er in der Diskussion aufkeimende Fragen umgehend beantworten. Andererseits erhofft er sich so eine Rückmeldung über die politische Beurteilung seiner Geschäfte. Der Direktionsvorsteher wies ergänzend darauf hin, dass die GPK strategische Geschäfte definieren könne, über die sie von der Verwaltung frühzeitig und periodisch informiert werden möchte.

Befund

1. Allgemeine Feststellungen und Eindrücke aus dem Einblick in die Verwaltung

Auch der diesjährige Verwaltungsbesuch verlief sehr konstruktiv. Sowohl die im Voraus gestellten Fragen wie auch diejenigen, die sich in der Diskussion spontan ergaben, wurden von Gemeinderat Hansueli Pestalozzi sowie den Abteilungsleitern offen und kompetent beantwortet – besten Dank.

2. Rückmeldung an das Parlament

Die Verantwortlichen zeigten auf, wie sie den Sperauftrag aus der Aufgabenüberprüfung 2019 umsetzen und auf welche Aufgaben sich die neue FS UWE fokussierte. Es wurde aber auch dargelegt, dass der Sperauftrag nicht ohne Leistungsabbau umgesetzt werden konnte.

Zudem wurde anlässlich des Besuches aufgezeigt, dass die Versorgung der Bevölkerung mit unbelastetem Trinkwasser eine grosse Herausforderung darstellt, welche die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung noch längere Zeit beschäftigen wird.